

Antrag Nr. 12

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 174. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. November 2020

FINANZIERUNG DER GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG SICHERSTELLEN

Die weitgehende Stilllegung des öffentlichen Lebens durch den sogenannten „Lockdown“ und das damit verbundene Herunterfahren der Wirtschaft auf Grund der COVID-19 Krise im Frühjahr 2020 verursachte auch in Österreich eine Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes.

Weil die Sozialversicherung überwiegend durch Beiträge der Erwerbstätigen finanziert ist, ist die Wirtschaftskrise auch in den Finanzen der Sozialversicherung sofort spürbar. Auf der anderen Seite steigen die Ausgaben heuer deutlich stärker als die Einnahmen, besonders in der Gesundheitsversorgung – für ärztliche Hilfe, Heilmittel und Anstaltspflege.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung auf, den vollen Ersatz des Bundes für die gesamten finanziellen Auswirkungen der Covid-19 Krise (va Sinken der Beitragseinnahmen auf Grund des Lockdowns) in Form einer befristeten Ausfallhaftung zu leisten. Dabei muss außer Streit gestellt werden, dass diese Auswirkungen nicht auf das Jahr 2020 beschränkt sind.

Darüber hinaus fordert die Vollversammlung ein Bekenntnis der Bundesregierung, dass es zu keinen Beitragserhöhungen für die Versicherten oder Leistungseinschränkungen kommen wird. Im Gegenteil: Die erforderlichen Mittel für die Leistungsharmonisierung in der Krankenversicherung und die geplanten Verbesserungen, bspw für den Ausbau der Psychotherapie, müssen sichergestellt sein.

Die Krise hat die einzelnen Krankenversicherungsträger in unterschiedlichem Ausmaß getroffen. Die Folgen der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit hat beinahe nur die ÖGK zu tragen. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Vollversammlung die Forderung nach einem fairen Risikoausgleich zwischen den Krankenversicherungsträgern.

Nach Schätzungen des WIFO brach Österreichs Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2020 um 2,8 % und im 2. Quartal um 12,8 % gegenüber dem Vorjahr ein. Die Juni Prognose des WIFO geht bei der Wirtschaftsleistung von einem Rückgang von bis 7 % und bei der Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2020 von bis 2,1 % aus. Dies ist auf die rege Inanspruchnahme der Kurzarbeit zurückzuführen. Im gleichen Prognosezeitraum wird aber ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 9,7 % (2019: 7,4 %) erwartet.

Gibt es weniger Beschäftigte, sinken auch die für die Aufrechterhaltung der Versorgung wichtigen Einnahmen. Während man im Voranschlag 2020 noch von einem Steigen der Beitragseinnahmen von 4,1 % ausgegangen ist, zeigt sich aktuell nur ein Wachstum von 1,1 %. Außerdem sind derzeit

Beiträge gestundet und es ist noch nicht absehbar, wie hoch die Summe der uneinbringlichen Beiträge infolge von Insolvenzen sein wird.

Dieses Minus in den Einnahmen ist im August in der „Gebarungsvorschau 2020“ dargestellt worden. Klar ist auch, dass die Krise nicht 2020 beendet ist, sondern in den Folgejahren weiterwirkt.

In der gesamten Sozialversicherung werden im Jahr 2020 rund 620 Mio Euro fehlen. Der Großteil des Minus besteht in der Krankenversicherung. Nur in der Pensionsversicherung wird ein stärkeres Minus durch die Ausfallhaftung des Bundes abgedeckt. So werden in der Krankenversicherung bei einem Gesamtbudget von 20,2 Mrd Euro heuer rund 560 Mio Euro fehlen.

Von den Krankenversicherungsträgern ist die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) am stärksten betroffen.

Bis zu 500 Mio Euro pro Jahr auf Grund der COVID-19 Krise:

- Dargestellter Einbruch der Beitragseinnahmen
- Mehrkosten ua für Medikamente
- Mehrkosten für ärztliche Hilfe

Zu berücksichtigen sind auch bis zu 800 Mio Euro pro Jahr Belastung durch die Regelungen in Zusammenhang mit der Zusammenlegung:

- Ende der Pauschalabrechnung zwischen KV und UV (§ 319a ASVG, bis 2022 rund 30 Mio Euro/Jahr, ab 2023 200 Mio Euro pro Jahr)
- Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds (rund 10 Mio Euro/Jahr)
- GSBG-Mittel (35 Mio Euro/Jahr)
- Ärztegesamtvertrag neu (noch offen ab wann, 400 Mio Euro/Jahr)
- Fusionskosten (100 Mio Euro/Jahr)

Dies führt in der ÖGK zu einem bis 2024 fortzuschreibenden Minus von in Summe rund 3,2 Mrd Euro.

	2020	2021	2022	2023	2024	Summe
Aug 2020 In Mio €	-446,6	-443,6	-614,4	-814	-853,6	-3.172,2